

## Die gute Nachricht aus Berlin:

### „Jetzt brauchen wir wieder bessere Löhne“

Die Überraschung ist gelungen: „Mut zu höheren Löhnen“ fordert Vize-Kanzler Münterfering; und auch Frau Merkel wünscht sich „angemessene Lohnerhöhungen“. Schließlich, so versichert die Kanzlerin, sei es ja nur „selbstverständlich, dass die Arbeitnehmer an der guten wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt werden.“ (SZ, 5.12) SPD-Chef Beck erläutert den Vorstoß der Regierung:

„Wegen der wirtschaftlichen Schwäche und der internationalen Konkurrenz waren Lohnerhöhungen eine Zeit lang nicht möglich. Aber jetzt ist es Zeit für eine Lohnpolitik, die den Arbeitnehmern angemessene Lohnerhöhungen zubilligt ... Die gegenwärtige Auseinanderentwicklung der Einkommen und Vermögen in Deutschland ist auf Dauer ein Sprengsatz. Hier müssen wir ein Stück mehr Gerechtigkeit schaffen.“ (BamS, 3.12)

#### 1.

„Lohnerhöhungen, die eine Zeit lang nicht möglich waren“: Damit spielt der oberste Sozialdemokrat darauf an, dass Staat und Kapital die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer seit über einem Jahrzehnt systematisch gesenkt haben. Die Unternehmer haben sich Lohn durch Entlassungen erspart und die verbliebenen Arbeiter dazu gezwungen, für den Erhalt ihrer Einkommensquelle auf Einkommen zu verzichten und für immer weniger Geld immer mehr zu arbeiten. Der Staat hat den Unternehmern dabei nach Kräften den Rücken gestärkt und die „gegenwärtige Auseinanderentwicklung der Einkommen und Vermögen“ gezielt herbeigeführt. Die Politik hat sich die Förderung des „Wachstums“ auf die Fahnen geschrieben, als entscheidendes Hindernis dafür die Lohn- und Lohnnebenkosten im „Hochlohnland“ Deutschland ausfindig gemacht und sich um eine entsprechende Therapie für den „Sanierungsfall Deutschland“ bemüht. Die Verarmung des Volks hat die Regierung wie ein Rezept zur Schaffung von nationalem Reichtum eingesetzt und in schöner Regelmäßigkeit aus dem unterbliebenen – oder jedenfalls den herrschaftlichen Anforderungen nicht genügenden – Kapitalwachstum geschlossen, dass das Volk wohl immer noch über seine „Verhältnisse“ gelebt, der Staat also noch *viel zu wenig* für die Schaffung gesunder marktwirtschaftlicher Zustände auf dem Arbeitsmarkt unternommen hat. Entsprechend dem Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“ hat die Politik mit einer ganzen Serie von Gesetzen den Sozialstaat umgemodelt und dabei das Arbeitslosenschicksal so abschreckend gestaltet, dass sich auch die arbeitende Bevölkerung der gebieterischen Devise „Hauptsache Arbeit!“ weniger denn je entziehen kann und allen betrieblichen Vorschlägen zur Neufestsetzung des Verhältnisses von Lohn und Leistung aufgeschlossen gegenübersteht. Und für all diese Maßnahmen hat die Regierung von den Betroffenen Duldung und Zustimmung verlangt und ihnen dabei ihre Abhängigkeit vom Profit ihrer Arbeitgeber unter die Nase gerieben.

#### 2.

Nach jahrelanger angestrebter Reformpolitik ist es endlich so weit: Der Aufschwung ist da! Die Unternehmen machen Gewinne „wie schon lange nicht mehr“, und in einigen Branchen und Betrieben soll es, wie man hört, sogar schon „richtig brummen“. Jetzt, wo es „der Wirtschaft“ wieder gut geht, wird alles wieder gut: Deutschland kann seine Rolle als Exportweltmeister weiter verteidigen und ist wieder ordnungsgemäß die „Wachstumslokomotive“ in Europa; die Staatseinnahmen steigen und der Staatshaushalt erfüllt wieder alle nationalen und europäischen Erfolgsmaßstäbe. Die Wirtschaft bewährt sich als nationale Reichtumsmaschine; damit ist grundsätzlich auch in der Welt der Politik alles in Ordnung. Aber: Die Umfragewerte für die Regierungsparteien verharren – allen nationalen Erfolgsmeldungen zum Trotz – auf einem historischen Tiefstand und die Stimmung in der Bevölkerung will einfach nicht zusammen mit den Unternehmensgewinnen steigen. Noch bevor

die Unzufriedenheit lautstark geäußert wird, haben die politischen Führer sich bereits zu ihrem Sprachrohr gemacht und erklären, wo der Schuh drückt: Das Volk leidet an einer „Gerechtigkeitslücke“, weil Löhne und Gehälter sich in einem bislang nicht gekannten Maß „auseinander entwickeln“. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, miese Arbeitsbedingungen – für sich gesehen ist das alles kein Problem, daran haben sich die Arbeitnehmer in den letzten Jahren schon gewöhnen können. Und die hohen Gewinne, die die Unternehmer mit den verschlankten und auf maximale Leistung getrimmten Belegschaften erwirtschaften, gehen ohnehin in Ordnung. Aber explodierende Gewinne und sinkende Löhne: Diese Kombination hält die Regierung, bildlich gesprochen, für einen „Sprengsatz“, weil sie nicht zu dem Bild passt, das sich die Lohnabhängigen von der Sozialpartnerschaft in ihren Betrieben machen und machen sollen. Ihre Abhängigkeit vom Gang der Geschäfte dürfen und sollen sich die Arbeitnehmer nicht nur negativ, als eine schicksalhafte Bedrohung, die ihre gesamten Lebensverhältnisse beständig in Frage stellt, sondern auch als eine positive Verknüpfung vorstellen, in der ihr Wohlergehen auch mit aufgehoben ist; die Opfer, die ihnen in schlechten Zeiten abgepresst werden, dürfen die Belegschaften sich mit der Erwartung versüßen, dass sie dann in guten Zeiten auch am allgemeinen Wohlstand beteiligt werden. „Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es auch den Menschen gut“ – für eine Enttäuschung, die auf Basis dieser Lebenslüge der Marktwirtschaft erwächst, haben treusorgende Landesväter und -mütter sogar ein gewisses Maß an Verständnis.

#### 3.

Die Politik beschließt, dass es jetzt an der Zeit ist, etwas gegen die schlechte Stimmung im Land zu unternehmen. Sie gibt dem Unmut der Lohnabhängigen öffentlich Recht – und hat damit schon den ersten Schritt zur Entschärfung des „Sprengsatzes“ getan. Darüber hinaus signalisiert sie an die Tarifparteien, dass in der nächsten Tarifrunde für die Arbeitnehmer ein wenig mehr „drin“ sein muss, damit sie sehen, dass der Lohnverzicht der letzten Jahre sich auch lohnt. Dabei behalten verantwortliche Politiker von Anfang an im Auge, dass – auch wenn die Kombination von hohen Gewinnen und niedrigen Löhnen nicht zu dem Bild passt, das die Bevölkerung sich von einer sozialen Marktwirtschaft machen soll – die beiden Größen aber in der Sache ganz hervorragend zusammenpassen. Deshalb hat die Politik auch ein offenes Ohr für die Sorgen ihrer Kapitalisten, die sofort davor warnen, dass „überzogene Lohnforderungen die aktuell bessere konjunkturelle Entwicklung gefährden oder sogar beenden könnten“ (Arbeitgeberpräsident Hundt, SZ, 5.12.). Dezent weisen die Arbeitgeber darauf hin, dass man „den Zusammenhang zwischen Lohnerhöhungen und Entlassungen“ – den sie tatkräftig herstellen – „immer im Auge behalten muss“ und sind sich mit einer besorgten Öffentlichkeit darüber einig, dass der schönste Lohn für den Lohnverzicht ja wohl darin besteht, dass sich die Arbeit wieder lohnt. Jedenfalls für die Unternehmer, die schon wieder Neueinstellungen vornehmen und sich dafür als die Vollbringer eines „kleinen Wirtschaftswunders“ feiern lassen. Soll man das alles aufs Spiel setzen? Sachkundig machen sie darauf aufmerksam, dass es sich ihre Belegschaften überhaupt nicht leisten können, von einer wirtschaftlichen Entwicklung profitieren zu wollen, die nur auf ihre Kosten zustande gekommen ist und nur auf ihre Kosten aufrechterhalten wird. Neben solchen immergrünen Weisheiten des marktwirtschaftlichen Verstandes kennt die Regierung aber auch einen ganz speziellen Grund, warum die beklagte „Auseinanderentwicklung von Kapital und Einkommen“ nicht nur „gegenwärtig“ eine gegebene Tatsache, sondern auch zukünftig ein „Trend“ ist,

**Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 Mitte**

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

### Vortrag mit Diskussion Imperialismus heute

#### Wie Weltmarkt und Weltmacht zusammengehören

Dass die außenpolitische Gewalt heutiger Staaten mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise in ihrem Inneren „zu tun hat“, gehört zum Grundbestand linker Gesellschaftskritik. Wenn es aber ans Erläutern und Begründen dieses Zusammenhangs geht, begnügen sich viele mit Kurzschlüssen. Man versucht ökonomische Interessen für Krieg zu identifizieren, prangert „Krieg für Öl“ oder andere Bodenschätze an und kann sich vorstellen, dass eine Regierung schießen lässt, weil der „militärisch-industrielle Komplex“ Waffen verkaufen will. Man sieht die handelnde Regierung als unfreien Hampelmann einiger privater Geschäftsinteressen, etwa US-Präsident Bush als den verlängerten Arm von Ölkonzernen und Halliburton. Allerdings stehen diesen privaten Kapitalinteressen auch in den USA mindestens ebenso viele andere entgegen, die durch Krieg ihre Geschäftsbeziehungen ruiniert sehen und die ihre Profite im Frieden besser aufgehoben sähen. Ein nationales Interesse des kapitalistischen Gemeinwesens an der Beherrschung und Unterordnung anderer Staaten, das private Interessen auch verletzt und für die große Sache in den Dienst nimmt, wird so gerade nicht erwischt. Erst recht versagt das kurzschlüssige Verfahren, wo man – etwa bei den deutschen Einsätzen in Afghanistan, am Horn von Afrika oder vor der libanesischen Küste – nichts findet, was abzuholen wäre. Dann fallen auch linke Kritiker mehr oder weniger offen auf die eigentlich abgelehnten Auffassungen der bürgerlichen Politikwissenschaft zurück, die es sich leicht macht und einfach „Faktoren internationaler Konflikte“ sammelt: Einerseits weiß sie von „ökonomischen Interessen“, die Staaten aneinander haben; die aber hält sie für prinzipiell konsens- und kompromissfähig. Andererseits kennt sie ein „Machtstreben der Staaten“, das sie, weil sie es nicht erklärt, zu einer tief in der Menschennatur verankerten Polit-Konstante verklärt, die mit Kapitalismus nichts mehr zu tun hat.

Unser Vortrag wird den Zusammenhang von *Weltmacht und Weltmarkt* einmal grundsätzlich thematisieren.

„*Imperialismus heute*“: Das ist zum einen der ökonomische Verkehr zwischen kapitalistischen Staaten in der globalisierten Weltwirtschaft, die *Konkurrenz*, die sie sich *um den modernen „Reichtum der Nationen“* liefern, beim Einkauf von Rohstoffen über den Verkauf von Industrieprodukten zur Konkurrenz nationaler Kapitalstandorte bis zur internationalen Konkurrenz um die Güte des nationalen Gelds. In ihrer „Sicherheitspolitik“ zum anderen geben die weltwirtschaftenden Nationen zu erkennen, wie wenig sie sich auf ihre Sprüche vom „gegenseitigen Nutzen“ des „friedlichen Handelsverkehrs“ und auf eine automatische Wirkung der „Sachzwänge der Globalisierung“ verlassen. Mitten im Frieden liefern sie sich neben der ökonomischen eine *strategische Konkurrenz als Gewalten*, um den ihnen nützlichen Frieden mit Kriegsdrohungen erzwingen bzw. in ihrem Sinn korrigieren zu können. Gerade der vollendete Weltmarkt beruht offenbar auf einem umfassenden und dauerhaften Abschreckungsregime einiger Großmächte gegenüber dem Rest der Staatenwelt. Erst die Vernichtung aller Alternativen und die Bestrafung aller Versuche dazu erzeugen für alle Staaten die Alternativlosigkeit und damit den Sachzwangcharakter der heutigen Weltwirtschaft. Dafür wird auch der Krieg der USA „gegen den Terrorismus“ geführt, Amerikas aktueller Kampf um Universalität und Lückenlosigkeit dieses Abschreckungsregimes; nicht nur die islamistischen Feinde, sondern alle Staaten werden da vor die Wahl gestellt, sich entweder als Helfershelfer amerikanischer Unangreifbarkeit zur Verfügung zu stellen, oder selbst in die Ecke der Terror- oder Terrorunterstützerstaaten gerückt zu werden. So ringen die USA zusammen mit und zugleich gegen neue und alte Verbündete um das globale Monopol auf Krieg: „*Imperialismus heute*“.

**Donnerstag, 18. Januar 2007, 20.00 Uhr**

**K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstr. 93**

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) / [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

## Die Islamkonferenz:

### Mit Allah für Deutschland

Am 27.9.06 beginnt die erste „Deutsche Islamkonferenz“. Gastgeber ist der Bundesinnenminister. Er möchte auf alle muslimischen Organisationen als „Teil der Gesellschaft zugehen“ und erhält dafür von der Öffentlichkeit schon vorab den Ehrentitel „Wolfgang der Weise ... Ausgerechnet dem konservativen Innenminister ist geglückt, was Rot-Grün in sieben Jahren nicht über sich bringen konnte – die beherrschte öffentliche Anerkennung der zweitstärksten Religion hierzulande. Der Islam ist jetzt für alle erkennbar kein Gastarbeiterglaube mehr, der mit seinen Trägern auch wieder verschwinden wird.“ (Die Zeit, 5.10.) Es hat sich also nicht etwa am Charakter dieser Religion irgendetwas geändert, sondern die öffentliche Gewalt ändert ihre Stellung zu den Jüngern Mohammeds, die mittlerweile unser Gemeinwesen so dauerhaft wie zahlreich bevölkern. Sie sollen hinkünftig nicht mehr von vornherein als mindestens lästige Exoten, wenn nicht gleich als der nicht nur klammheimlichen Sympathie mit dem Terror Verdächtige behandelt werden, sondern „sich als deutsche Muslime fühlen können.“ (Schäuble, FAZ, 27.10.) Damit „sie sich in diesem Land heimisch fühlen“, haben allerdings zuerst sie eine Leistung zu erbringen, und zwar die, da kennt der christliche Innenminister sich aus, welche ihre christlichen Brüder und Schwestern schon vor geraumer Zeit erbracht haben, nämlich, „diesen Staat in seiner Weltlichkeit

nicht länger als etwas Fremdes, ihrem Glauben Feindliches erkennen, sondern als die Chance der Freiheit, die zu erhalten und zu realisieren auch ihre Aufgabe ist. Dieser Satz gilt analog für die Muslime in Deutschland. Nehmen sie ihn ernst, werden sie deutsche Muslime.“ (ebd.) Die Gleichstellung mit dem Christentum gibt es also nicht zum Nulltarif. So weit ist es mit der Parallele zwischen Wolfgang und Lessings Nathan, dem Weisen, der literarischen Symbolfigur für Toleranz, eben doch nicht her. Wollen die Anhänger Allahs in deren Genuss kommen, müssen sie erst einmal einen pauschalen Verdacht ausräumen, den ihnen Schäuble wie einen Tatsachenbefund präsentiert: Sie wollten alles immer nur Gott und nichts dem Kaiser geben. Davon haben sie Abstand zu nehmen, dann dürfen und sollen sie an der Verwirklichung des höchsten Wertes unseres Gemeinwesens mitwirken. Der Innenminister bleibt hier dankenswerterweise nicht im Abstrakten, sondern erläutert ziemlich konkret, wie man sich das mit der „Freiheit“ vorzustellen hat:

**1. Toleranz wird nur dann gewährt, wenn sie Deutschland nützt**

verdeutlicht Schäuble unter Verweis auf Friedrich den Großen:

**Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben**

## Skandal um die ‚moralische Großmacht‘ Grass:

### Der Dichter, die Waffen-SS, das lange Schweigen, das Häuten einer Zwiebel und die verlorene Ehre des Oskar Matzerath

Mit dem ‚Häuten der Zwiebel‘ kündigt Günter Grass – metaphorisch, versteht sich – an, Schicht für Schicht seiner vielschichtigen Persönlichkeit offen zu legen. Keine biografisch bedeutsame Begebenheit soll geschont werden. Da stilisiert sich nicht einer, der von Anfang an den ‚geraden Weg‘ gegangen ist. Da präsentiert sich vielmehr einer, der nach seiner ideologischen Desorientierung durch den ‚Zusammenbruch‘ einige mühevoll Jahre der Sinnsuche und Selbstfindung durchleben musste, um nach und nach zu einem berühmten Künstler und vorbildlichen Demokraten zu werden. Das betont ehrliche Bekenntnis zu den Schattenseiten eines Lebens in schwerer Zeit soll die Glaubwürdigkeit der Selbstauskunft erhöhen. Aber: Grass' persönlicher Bildungsroman ist offenbar noch nicht zu Ende. Im greisen Alter muss er nun die Erfahrung machen, dass man es mit der Ehrlichkeit auch zu weit treiben kann. Dann hebt sie gar nicht mehr die Glaubwürdigkeit, sondern verdirbt sie. Was ist geschehen? Grass bekennt in seinem autobiografischen Buch „*Beim Häuten der Zwiebel*“ und in vorab gegebenen Interviews, dass er in den letzten Kriegsmonaten nicht, wie er bislang glauben ließ, als ‚glühender kleiner Nazi‘ bei der Flugabwehr, sondern bei der – „*Es musste raus!*“ – Waffen-SS gedient hat. Grass? Waffen-SS! Das lässt aufhorchen. Ein Glück, dass der Elite-Nazi noch ein ‚kleiner Nazi‘ von 17 Jahren war. Das macht die Schmach verzeihlich. Eine Jugendsünde. Warum aber das lange Versteckspiel? Hatte die Öffentlichkeit nicht das Recht zu wissen, dass „*unser großer Nationaldichter*“ (Die Welt, 14.8.06), der sich immerzu als „*moralischer Scharfrichter der Nation*“ (Spiegel, 21.8.) hervorgetan hat, selbst keine ganz weiße Weste hat? Jahrzehntlang hat Grass die deutsche Gesinnungskultur entnazifiziert, schwang die Moralkeule gegen jeden nationalen Verantwortungsträger, der irgendwie ins Dritte Reich verstrickt war. Und jetzt stellt sich auf einmal heraus, dass der Saubermann selbst eine kleine SS-Vergangenheit unbewältigt ein halbes Leben und eine ganze Karriere lang mitgeschleppt hat. Dieser Widerspruch ist gut für ein Skandalchen im öffentlichen Leben der Republik und für ein großes Traa in den illustren Kreisen des nationalen Feuilletons. Zu bewältigen ist die pikante Frage: Legt sich der ‚Mief der Heuchelei‘, den Grass der Nation bei jeder Gelegenheit vorgehalten hat, auf den „*Blechtrommler*“ (Spiegel, 21.8.)?

### Das weite Feld des Günter Grass: der nationale Wertehimmel und seine kritische Pflege

Kritisch-Sein ist Grass' Markenzeichen: „*Keine Ungerechtigkeit der Welt war vor seiner Geißelung sicher, keine Debatte lief ohne ihn.*“ (Stern, 17.8.) Ideelle Amtsmaßnahme ist das bevorzugte Stilmittel seiner ‚Wortmeldungen‘: „*Ganze Regierungsprogramme hat Grass in seinen Interviews entworfen, Kataloge mit dem, was zu tun und zu unterlassen ist ... Er gerierte sich als allzuständiger Aufsichtsratsvorsitzender der SPD. Und man kann das getrost auf das ganze Land übertragen.*“ (Spiegel, 21.8.) Solche Nervensagen werden im polit-kulturellen Leben einer Nation offenbar dringend gebraucht. Wie sonst würde so einer zur „*moralischen Ikone*“ (SZ, 19.8.) und sogar zum inkarnierten „*schlechten Gewissen der Republik*“ (Stern, 17.8.) aufsteigen? Auch die allseitige Anteilnahme an der gegenwärtigen dosierten Demontage der Ikone verweist auf die bedeutende Rolle, die eine moralische Selbstvergewisserung, eine Selbstbespiegelung im Lichte fraglos anzuerkennender Werte in einem modernen, aufgeklärten Gemeinwesen spielt. Dieses weite Feld der nationalen Moralität ist mit dem altmodischen Begriff ‚Überbau‘ immer noch am treffendsten charakterisiert: *Getrennt* von allen hässlichen Gegensätzen des marktwirtschaftlichen Alltags und den Härten des sprichwörtlich ‚schmutzigen‘ Geschäfts der Politik pflegt die Nation von sich das erhebende Bild einer auf edle Werte gegründeten und edlen Werten zugetanen *Gemeinschaft*. Sie will sich nicht darauf verlassen, dass die Leute kraft des stummen Zwangs

der Verhältnisse, also bloß notgedrungen ihre Rechte wahrnehmen und ihren Pflichten nachkommen. Kein Mitglied dieser imaginierten Gemeinschaft soll bloß pragmatisch als Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Arbeitsloser, als Vermieter, Mieter oder Obdachloser, als Händler, Kunde oder Ladendieb sein Leben fristen. Ein demokratisches Gemeinwesen legt großen Wert auf den freien und gleichzeitig unbedingten, d.h. gegenüber dem Ertrag des Mitmachens gleichgültigen Willen seiner Insassen zu ihm. Das erfordert eine *Gesinnung*, in welcher der Mensch die Nation jenseits der Gegensätze, die sie ausmachen und die ihm zu schaffen machen, als *seine* Nation auffasst und sich als gleichberechtigter und gleichwertiger Teil der nationalen Gemeinschaft versteht. Gefragt ist ein Ideal von der Nation, das nicht schnödes Geschäft als ihren obersten Daseinszweck ausweist, sondern hohe Werte, die *jeder* teilen kann und als deren Teilhaber *jeder Ehre einlegen* kann.

Ist die Klassengesellschaft erst einmal in eine nationale Wertegemeinschaft übersetzt, kann sich jeder noch so kleine Volkskörper in ihr beheimatet fühlen. Er braucht ‚nur‘ der alltäglichen gesellschaftlichen und politischen Realität voller Gemeinheiten des wechselseitigen Sich-Fertig-Machens ihre Ideale als ihr *eigentliches* Wesen entgegen- und zugute zu halten. Dieses ‚Nur‘ bedarf jedoch, soll es gelingen, der ständigen Betreuung. Das ist das Geschäft von großen Geistern wie Günter Grass: Ihr Metier ist Kritik von ‚Missständen‘ im Namen der besagten Werte und Ideale. Alles, was Politiker in Gesetzesform unter die Leute bringen, alle ‚Zumutungen‘ und ‚Wohltaten‘ befragen sie danach, ob sie als Dienst oder Bändendienst im Hinblick auf die Verwirklichung des nationalen Wertehimmels anzusehen sind. Alle unschönen Erscheinungen der Klassengesellschaft, die so gar nicht ins Bild des Schönen, Guten und Wahren passen wollen, verharmlöse sie damit systematisch zur bloßen *Abweichung* von dem, was nach allgemeiner Übereinkunft eigentlich gilt bzw. gelten sollte: „*Grass sagte, was gut und böse ist. Und alle hörten zu. Die einen, um sich aufzuregen. Die anderen, um Halt zu finden in einer Welt voller Grauen.*“ (Stern, 17.8.) Eine aufschlussreiche Auskunft: Gerade das Schlechte einer ‚Welt voller Grauen‘ beflügelt das idealistische Bedürfnis nach dem Guten und seinen menschlichen Inkarnationen. Das ist der Sumpf für große Dichtung und verlogene Wahrheiten.

### Grass' politische Passion: Tätige Vergangenheitsbewältigung zum Lob der Demokratie

Das Bedürfnis nach einer Idealisierung der Nation bedeutete für den bundesrepublikanischen Rechtsnachfolger des Dritten Reiches auch die Konstruktion und Pflege eines affirmativen Selbstbildes der Nation *gegen* ihre braune Vergangenheit. Gegen die ihr hoch offiziell zugesprochene Alleinschuld an einem verbrecherischen Weltkrieg und einem beispiellosen Genozid galt es, das Bild von der deutschen Nation als einer edlen Werten verpflichteten Gemeinschaft neu zu begründen bzw. zu verteidigen. Dem dient die Vergangenheitsbewältigung, seit es sie gibt. In diesem Bereich der nationalen Selbstbespiegelung hat Grass sich jahrzehntlang als Exponent einer offensiv-selbstkritischen Variante hervorgetan. Die simple Dialektik seines Antifaschismus: Die einsichtige und reuevolle Verurteilung dieses Jahrzwölfts der Nationalgeschichte als unverzeihliche Missetat, die das Volk als kollektives Kontinuum sich zurechnen muss, ist schon die gründliche Besserung und belegt unschlagbar die Bekehrung Deutschlands zu den Idealen von Demokratie, Freiheit und Humanismus. Leute wie Grass legen ihre ganze Ehre darein, ‚nichts zu beschönigen‘ und sich von niemandem in der Abscheu gegen die ‚Verbrechen Hitlers‘ übertreffen zu lassen. „*Wie besessen gab er vielem von dem, was er sagte, einen Bezug zum Dritten Reich.*“ (Spiegel, 21.8.) Demonstratives Schämen und öffentliche Selbstanklage zur Überwindung der Anklage der Nation. Grass hat diesen Standpunkt

nicht nur zur schöngestigen Literatur geformt, sondern auch als *tätige* Reue öffentlich betrieben. Zeitlebens hat er ‚gegen das Vergessen und Verdrängen‘ angeschrieben und angestärkt, ist mit lautstarken Anklagen dafür eingetreten, dass ‚belastete Personen‘ nicht schon wieder ‚Verantwortung tragen‘.

– So adressiert er etwa 1965 einen seiner unzähligen offenen Briefe an den damaligen Kanzler Ludwig Erhard. Es geht um die anstehende Verlängerung der Verjährungsfristen für Mord, ohne die Naziverbrecher ab da strafrei gewesen wären, und die Erhard zunächst ablehnte: „*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, treten Sie bitte zurück.*“ Und weiter: „*Die Bürger der Bundesrepublik haben, solange ihr Staat besteht, noch nie solchen Anlass gehabt, Scham zu zeigen.*“

– Erhards Amtsnachfolger, Kurt Georg Kiesinger, empfiehlt er 1966, gar nicht erst als Bundeskanzler anzutreten: „*Sehr geehrter Herr Kiesinger, bevor Sie morgen zum Bundeskanzler gewählt werden, will ich einen letzten Versuch unternehmen, Sie zur Einsicht zu bewegen ... Wie sollen wir der gefolterten und ermordeten Widerstandskämpfer, wie sollen wir der Toten von Auschwitz und Treblinka gedenken, wenn Sie, der Mitläufer von damals, es wagen, heute hier die Richtlinien der Politik zu bestimmen.*“

– Anlässlich des gemeinsamen Besuchs des Bundeskanzlers Helmut Kohl und des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof Bitburg 1985 wirft er diesem Kanzler „*Geschichtsklitterung*“ vor, weil der die Schuld der dort unter anderen bestatteten – ausgerechnet! – Waffen-SS-Leute verharmlose. Grass besteht demgegenüber darauf, dass „*Unwissenheit nicht freispricht. Sie ist selbst verschuldet, zumal die besagte Mehrheit wohl wusste, dass es Konzentrationslager gab ... Alle wussten, konnten wissen, hätten wissen müssen.*“

An Leuten, die die Richtlinien der bundesrepublikanischen Politik bestimmen, interessiert Grass hauptseitig eines: ihre weiße Weste bezüglich des Dritten Reiches. Sein Thema ist die demokratische *Glaubwürdigkeit* der obersten Staatsdiener. An der Bundesrepublik macht ihm dementsprechend lediglich die – surreale – Möglichkeit Sorgen, dass sie faschistisch rückfällig werden könnte. „*Ist uns die Wiederholungstat in Runenschrift vorgeschrieben?*“ fragt er ominös. Und in deutschen Waffenlieferungen an den Irak 1991 sieht er seinen Verdacht auch schon bestätigt: „*Nun schließt sich der Kreis. Nun ist diese jüngere, nachwachsende Generation mitverantwortlich für etwas, was auf der Wannseekonferenz 1942 begann und jetzt in gewisser Weise eine Fortsetzung findet.*“ Die Botschaft all dieser ‚öffentlichen Einsprüche‘ ist immer gleich und immer gleich affirmativ: Die Bundesrepublik ist ihrem Wesen nach ein so gutes, vom Faschismus geläutertes Staatswesen, dass nicht einmal ihr oberstes Führungspersonal zu ihr passt. Vor lauter Begeisterung für die hohen Werte der Republik schämt er sich – öffentlich, versteht sich – für ihre Kanzler.

Eine so gnadenlos gute Meinung über ‚ihren‘ Staat hat vielen seiner Bürger ebenso aus der Seele gesprochen wie die davon abgeleiteten Polemiken gegen unwürdige Verantwortungsträger. Beides war aber auch Anlass für böse Feindschaften gegenüber dem „*Moral-Apostel*“ (Spiegel, 21.8.). Und zwar von patriotischen Leuten, die seine Art der Vergangenheitsbewältigung als verräterische Nestbeschmutzung empfanden und den Beweis antraten, dass der nationale Idealismus keineswegs ein Privileg ‚der Linken‘ ist. Die Gegner des antifaschistischen Patriotismus bzw. der moralischen Läuterung durch Kniefall sind nicht minder auf eine moralische Ehrenrettung der Nation aus, können aber mit der Dialektik von Reue und Rehabilitation nichts anfangen. Sie entdecken in der Verurteilung des Faschismus als Fehltritt der Deutschen nicht das Bekenntnis zur Nation als moralischer Veranstaltung und die Idealisierung der demokratisch verfassten Bundesrepublik, sondern *Verrat*. Diese Vergangenheitsbewältiger weisen jede Kollektivschuld zurück. Sie bereuen nicht und sie schämen sich für nichts. Sie trennen einfach die Nation von der ‚Nazi-Herrschaft‘ und rechnen die Schuld ganz der ‚braunen Verbrecherbande‘ zu, die eben *nicht* die Nation zu ihren kriegerischen und rassehygienischen Großprojekten hinter sich vereinigten konnte, sondern lediglich das Volk verführt und den ‚Namen Deutschlands‘ miss-

braucht hat. Was als Schuld von ‚Mitläufern‘ dann noch übrig bleibt, rechnen sie locker gegen die Schuld auf, die ohnehin jede Nation auf ihrem Konto hat, und fertig ist die historische Kontinuität einer im Kern stets guten und ihrem guten Kern stets treu gebliebenen Volksgemeinschaft.

### Die Konkurrenz moralischer Weltbilder und der Bedarf nach moralischen Autoritäten

Der Witz an dieser Rivalität zweier Geschichtsbilder ist das, was sie eint: Beide rücken die gegenwärtige Nation ins rechte Licht. Insofern ist der Streit zwischen den beiden Moralismen zur deutschen Vergangenheit ein schönes Exempel dafür, wie die moralische Selbstbespiegelung in einer pluralistischen Demokratie läuft. Es sind die definierten Probleme und Anliegen der Nation, die den Stachel zu ihrer Idealisierung im Lichte höherer Gesichtspunkte bilden. Natürlich entstehen so verschiedenartige Ideologien zur Lage der Nation. Das tut der Sache jedoch keinen Abbruch. In der Frage, wie sich der idealistisch erzogene Bürger seine Lage bzw. die ‚seiner‘ Nation jeweils zurechtlegen will, ist eine gewisse Bandbreite des pluralistischen Meinens und Interpretierens nicht nur erlaubt, sondern sogar nützlich. Die muntere Rivalität gegensätzlicher moralischer Selbstinterpretationen und ihrer Exponenten bestimmt das geistige Leben einer Nation und überführt politische und gesellschaftliche Gegensätze systematisch in nationale Wissensfragen.

Soll der moralische Diskurs einer bürgerlichen Öffentlichkeit ein gedeihlicher sein, muss der schöne Schein des Kapitalismus und der staatlichen Gewalt, die ihn verwaltet, verbindliche Ausdrucksformen finden. Sachbezogene Argumente kommen dafür nicht in Betracht. Es geht ja gerade darum, sich von objektiven Urteilen über das reale Gemeinwesen in Richtung erhebender Gesichtspunkte zu verabschieden, um auf diesen lichten Höhen Meinungen zu bilden und auszutauschen. Also werden *Sprachregelungen* eingebürgert, in denen die moralische Überhöhung von gegensätzlichen Interessen und politischen Antagonismen zu festen Formeln gerinnt. Das vermittelt dem Bürger Sinn und Orientierung und sorgt dafür, dass die moralische Meinungsvielfalt ihren Konnex zu den politisch definierten Problemen und Zielen der Nation nicht verliert. Auf diese Weise kommt es zu einem Phänomen, das nur vordergründig betrachtet widersprüchlich erscheint: Die bunte Vielfalt der Meinungen, die in allen Kommentaren und Diskussionen immerzu als ganz persönliche und ureigene vorgestellt gemacht werden, reduziert sich regelmäßig auf einige wenige, allgemein bekannte Stereotypen. Dazu gehören z.B. schönfärbische Synonyme wie ‚Antiterrorkrieg‘ für die amerikanisch betriebene Neuordnung der Welt oder ‚Friedensprozess‘ für den israelischen Dauerkrieg im Nahen Osten oder auch ‚Globalisierung‘ für die unwidersprechliche Notwendigkeit einer schonungslosen Standortpolitik. Konkurrierende politische oder gesellschaftliche Interessen und Vorhaben treten immer gleich mit festen moralischen Referenzen auf. Wenn man etwa in Berlin ehrgeiziger, also gewalttätiger in weltpolitischen Ordnungsfragen mitmischen will, heißt es, man könne sich ‚der gewachsenen Verantwortung als potente Mittelmacht nicht länger entziehen‘, muss andererseits jedoch ‚wegen der deutschen Geschichte mit besonderem Bedacht‘ vorgehen. Wird das nationale Lohnniveau gesenkt, um den Geschäftsstandort aufzumöbeln, dient das der ‚Erhaltung unserer Arbeitsplätze‘; andererseits soll sich ‚Leistung weiterhin lohnen‘. Werden die Kosten für Gesundheit privatisiert oder die des Arbeitslosheeres heruntergefahren, dient das der ‚Gerechtigkeit zwischen den Generationen‘, andererseits muss für den verdienten Arbeitsmann ‚Gesundheit bezahlbar‘ und ein ‚Alter in Würde möglich‘ bleiben. Und so weiter. Kein Interesse, das sich nicht in Form standardisierter Werte-Bezüge vorträgt – und umgekehrt darauf festgelegt ist. Das sorgt dafür, dass kein

**Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben**

**Sozialistische Gruppe  
Erlangen Nürnberg (SG)**  
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
**www.sozialistischegruppe.de**  
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

MIT ALLAH FÜR DEUTSCHLAND  
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

„Alle Religionen sind gleich gut, wenn nur die Leute, die sich zu ihnen bekennen, ehrliche Leute sind; und wenn die Türken (und Heiden) kämen und wollten das Land bevölkern, dann wollen wir ihnen Moscheen (und Kirchen) bauen.“ *Der Große Kurfürst wie auch Friedrich der Große wussten als Realpolitiker sehr genau, was sie wem warum gewährten. Preußen billigte all jenen aus politischen und nicht etwa religiösen Gründen Toleranz zu, die bereit waren, sich aktiv und produktiv am Aufbau des Landes zu beteiligen und dessen Gesetze zu akzeptieren.*“ (ebd.) Freiheit, und daran hat sich nach Auffassung des Innenministers, der ja für die maßgebliche Interpretation dieses Gutes zuständig ist, anscheinend seit dem aufgeklärten Absolutismus nichts geändert, wird nicht etwa gewährt, damit die Untertanen tun und lassen können, was sie wollen. Der Staat verpflichtet sich vielmehr aus pragmatischen, „politischen“ Gründen auf diesen Wert, damit seine Bürger dem „Land“, d.h. ihm nutzen. Er toleriert ihre Religion, wenn bzw. weil deren Anhänger „ehrliche Leute“ sind, also Untertanen, wie sie sich eine Obrigkeit nur wünschen kann. Sie „akzeptieren“ nicht nur gewissermaßen passiv seine Autorität, sondern bringen ihn voran. Mit dem Alten Fritz ist sich der Innenminister also nicht nur in der instrumentellen Handhabung von „Freiheit“ im Allgemeinen einig, die ausschließlich nach Maßgabe ihres Nutzens für den Fortschritt der Nation gewährt wird, sondern auch hinsichtlich des instrumentellen Umgangs mit den religiösen Überzeugungen der Bürger im Besonderen. So er sich als nützlich erweist, ist jeder religiöse Fimmel gleich gut und damit gleich gültig. Quasi als Belohnung für ihre „produktive“ Untertanengesinnung bekommen die jeweiligen Anhänger dann staatlicherseits die einschlägigen Kultstätten spendiert. Diese „Anerkennung“ blieb dem Islam in Deutschland bisher versagt. Und das will Schäuble ändern. Er hat sich also dazu entschlossen, den Islam als eine Religion zu behandeln, die wie andere auch ihren Beitrag zu der selbstbewussten Knechtsgesinnung leistet, welche die Herrschaft an ihren Leuten schätzt: Die beständige, freiwillige, ihnen zur zweiten Natur gewordene Relativierung aller eigenen Ansprüche und Interessen an „höheren“ Notwendigkeiten. Und nachdem der Innenminister sich entschieden hat, den Muslimen eben diesen positiven Beitrag zum Sinnstiftungsangebot der Nation zu attestieren und in entsprechende Verhandlungen mit ihnen einzutreten, entdeckt er an ihrer Religiosität einen ganz besonderen Charme, was ihn zu folgendem Kompliment veranlasst:

## 2. Der Islam verkörpert die Tugenden, die Deutschland braucht

„Der Islam hat bei allen Kontroversen etwa über die Rolle der Frau oder das Verhältnis von Religion und Rechtsstaat, einiges beizutragen, was vielen Deutschen zu entgleiten droht: etwa die Betonung der Wichtigkeit von Familie, den Respekt vor den Alten, ein Bewußtsein und Stolz mit Blick auf die eigene Geschichte, Kultur, Religion, Tradition, das tägliche Leben der eigenen Glaubensüberzeugung. Muslime können gerade an dieser Stelle sehr viel beitragen in dieser Gesellschaft.“ (ebd.) So kommt für den „innenpolitischen Hardliner“ und „law and order“-Verfechter die berüchtigte „Parallelgesellschaft“ zu unerwarteten Ehren: Gerade deren Angehörige könnten ihre deutschen Mitbürger durchaus Mores lehren. Wenn sie nämlich ihren Glauben im Verhältnis zum „Rechtsstaat“ relativieren, wie der es für angebracht hält, dürfen, ja sollen sie umgekehrt ihre einschlägigen religiösen Sitten und Gebräuche in der Gesellschaft uneingeschränkt (aus)leben. Und zwar weil sie so das beispielhaft vorleben, worin für einen Konservativen schon immer das Weiß-Warum von Gesellschaft besteht. Statt als „verantwortungslose Ichlinge in einer individualisierten Singlegesellschaft verzweifelt nach Selbstverwirklichung zu streben“ (Schäuble, Seehofer et al.) sollen die Individuen ihre Identität in der Hingabe an Kollektive bzw. Werte finden, die jenseits ihrer Interessen liegen. Welche das im Einzelnen sind, darauf kommt es gar nicht weiter an. „Kultur“, „Tradition“ etc. werden lediglich zitiert als sinnstiftende Bezugspunkte

unter anderen, die nur in Hinblick auf ihre Funktion interessieren, nämlich die Einbettung der Individuen in das große Ganze zu gewährleisten. Dergestalt als mit Wille und Bewusstsein ausgestattete Herdentiere richten sich die Menschen nach lauter vorgegebenen Zwecken und den damit einhergehenden Verhaltensrichtlinien, die sie für das ihnen einzig Gemäße erachten. Die staatlich geltend gemachten Ansprüche, für welche diese Geisteshaltung funktional ist, brauchen dabei gar nicht thematisiert zu werden, auch wenn man Schäuble mit der Unterstellung sicher nicht unrecht tut, dass er als pragmatischer, berechnender Innenminister beim Wert „Familie“ immerzu an „die drohende demografische Lücke“, also an mehr in Deutschland geborenes Menschenmaterial im Allgemeinen und die Sanierung der Renten- und Pflegeversicherung im Besonderen denkt. Auf alle Fälle zeichnen sich Staatsbürger wie unser Innenminister sie haben will durch ihr praktisches Bekenntnis zu lauter Befangenheiten aus. Gelebte Religion mit all ihren reaktionären Ge- und Verboten, deren Anhänger diese aus tiefster eigener Überzeugung befolgen und damit gleichzeitig Deutschland einen Dienst erweisen, also aus freien Stücken nichts als Unfreiheit praktizieren, das ist so ungefähr das Ideal von Freiheit unseres freiheitlichen Innenministers.

## 3. Freiheit ist gleich Pflicht

Aber bevor die Muslime diese von ihm gewünschte Funktion als moralische Leuchttürme in einem Meer von Ichbezogenheit wahrnehmen können, haben sie ihrerseits noch einiges in Ordnung zu bringen. Auch in organisatorischer Hinsicht gilt es, sich an den Christen ein Beispiel zu nehmen: „Vielleicht können wir Impulse geben, dass sich die Muslime so organisieren, dass wir repräsentative Gesprächspartner haben. Die Muslime wollen vom Staat gleichberechtigt behandelt werden, so wie die christlichen Kirchen. Dann müssen sie aber auch die organisatorischen Voraussetzungen schaffen.“ (Schäuble, SZ, 26.9.) Damit ist beileibe nicht nur an einen bloß formalen Rahmen gedacht. Indem die anvisierte einschlägige Dachorganisation aller Muslime diese im Verhältnis zum Staat „repräsentiert“, wird sie von diesem mit dem Status eines Ansprechpartners beehrt, der gewissermaßen auf Augenhöhe mit der obersten Gewalt verkehrt. Der Preis dieser Anerkennung ist umgekehrt die Pflicht, sich für die Durchsetzung all dessen unter den Imamen, Mullahs und Muezzins sowie der Schar der Gläubigen in Anspruch nehmen zu lassen, was der Staat jeweils von seinen „deutschen Muslimen“ verlangt. Der Innenminister versteht sich eben auf die Dialektik von Recht(en) und Pflicht(en). Letztere erwachsen nämlich den Muslimen nicht nur schlicht daraus, dass sie nun einmal hier und damit sowieso den hiesigen Gesetzen unterworfen sind, sondern vor allem daraus, dass „wir“ sie freundlicherweise als Teil von „uns“ betrachten, also gewissermaßen eingemeindet haben. Dieses großzügige Entgegenkommen müssen sie selbstverständlich praktisch rechtfertigen: „Der Islam ist inzwischen Teil Deutschlands und Europas; also muss er auch die Grundregeln und Normen und Werte, die Europa konstituieren, akzeptieren.“ (ebd.) Um das sicherzustellen, sollen „Islamunterricht an staatlichen Schulen“ angeboten, „Imame in Deutschland ausgebildet und in den Moscheen deutsch gepredigt“ werden. (ebd.) Seinen Zugriff sowohl auf die Lernenden wie auf die Lehrenden in Sachen Islam sieht der deutsche Staat in Gestalt des Innenministers als wesentliche Garantie dafür, dass es demnächst nur noch „aufgeklärte Muslime in unserem aufgeklärten Land“ gibt. Deshalb hat er vor Beginn der Konferenz angekündigt, dass er auf jeden Fall entsprechend gesetzgeberisch tätig wird, auch wenn es zu keiner Einigung mit den islamischen Verbänden kommt.

Eine schöne Klarstellung bezüglich des Wertes, dem „wir“ doch angeblich fast alles Gute, Wahre und Schöne zu verdanken haben. Wer bei „Aufklärung“ als „Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“, wie es einst hieß, noch daran gedacht haben mag, es gehe dabei um so etwas wie ein freies Urteil über Staat und Religion oder vielleicht sogar deren Kritik, der wird jetzt eines Besseren belehrt: Aufklärung anno 2006 besteht darin, dass die Religion nun also auch in Gestalt des Islam verstaatlicht wird. Wer sich nämlich einen allmächtigen Allah einbildet, dem er unbedingten Gehorsam schuldet, der hat für alle Befeh-

le und Anliegen der wirklich mächtigen Instanzen einerseits ein offenes Ohr. Er muss nur andererseits noch lernen, dass diese im Zweifelsfall sowohl was die praktische Regelung der irdischen Angelegenheiten wie auch deren rechtliche und moralisch-verbindliche Begründung betrifft, immer das letzte Wort haben. Wenn er sich zu dieser Toleranz durchringt, dann winkt ihm nicht nur die Duldung durch die Staatsgewalt, sondern die aktive Förderung. Denn was im Einzelnen geglaubt wird, ist für sie unerheblich, entscheidend ist die damit einhergehende Haltung: Die freiwillige Unterwerfung unter ein göttliches Sittengesetz, auf dessen Befolgung das ganze Sinnen und Trachten eines Gläubigen ausgerichtet ist. Diesen selbstbewussten Gehorsam will die real existierende Herrschaft für sich funktionalisieren.

„JETZT BRAUCHEN WIR WIEDER...“  
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

auf den man sich einfach einstellen muss: Sie hat die Lohnkosten als den entscheidenden Hebel ausfindig gemacht, mit dem sie die „internationale Konkurrenz“ in ihrem Sinn entscheiden und die Nutzenverteilung auf den Weltmärkten zu Gunsten der eigenen Nation weiter sichern und ausbauen will. Für dieses Programm ist kein Erfolg deutscher Multis auf den Weltmärkten und keine nationale Wachstumsziffer groß genug. Für die CDU ist es daher ganz selbstverständlich, dass auch in den guten Zeiten des Aufschwungs „Standortvereinbarungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen“ und „Zugeständnisse der Arbeitnehmer in der Nominallohnpolitik“ zum wirtschaftlichen Alltag ganz einfach dazugehören. Flankierend dazu beschließt die Kanzlerin, mit dem Reformwerk der Regierung fortzufahren, trotz und gerade wegen der „guten wirtschaftlichen Zahlen“, und wohl wissend, „welche Belastungen für die Bürger damit verbunden sind.“ Für einen Kompromiss zwischen den Klassen ist da kein Platz – in keiner Phase der Konjunktur.

## 4.

Ein „fairer Anteil der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg“ muss dennoch sein; schließlich sind die großen Volksparteien – der Name sagt es schon – nicht die Anwälte der Besserverdienenden, sondern die Vertreter des gesamten Volkes. CSU-Chef Stoiber will einen „Ansatz für Gerechtigkeit in der Globalisierung“ (Die Welt, 6.12.) entwickeln, und die große Schwesterpartei beschließt, die bewährte Sozialpartnerschaft um eine „soziale Kapitalpartnerschaft“ zu erweitern. Das gefällt auch dem sozialdemokratischen Koalitionspartner. SPD-Chef Beck erklärt dem lesenden Arbeiter dieses Vorhaben gerne näher. Und zwar auf Antrag der Bildzeitung so, dass „wir alle es verstehen“:

„Es geht darum, die Spielräume, die in der Wirtschaft für Einkommensverbesserungen zur Verfügung stehen, zu erweitern. Das funktioniert dann, wenn ein Teil dessen, was die Beschäftigten erhalten, im Unternehmen verbleibt. Einigen Unternehmen wird es im kommenden Jahr wahrscheinlich nicht möglich sein, über zwei Prozent Lohnsteigerung hinauszugehen. Ein zusätzlicher Prozentpunkt wäre aber unter Umständen möglich, wenn er als Kapital im Betrieb verbleiben würde. Dieses Geld wirkt dann wie Eigenkapital, wie erhöhte Liquidität. Genutzt werden kann der Kapitalstock, den man sich dann über 20 oder 30 Jahre anspart, im Alter. Dann dient er zur Absicherung des Lebensstandards oder man lässt ihn im Unternehmen und kann ihn vererben.“ (Beck, BamS, 3.12.)

Dass der Investivlohn rücksichtslos gegen jedes Interesse der Arbeitnehmer am Lohn ist: Das muss man nicht beweisen, das erledigt der SPD-Chef schon selbst. Bemerkenswert ist aber die Logik, der dieser Vorschlag folgt: Außerhalb jeder Diskussion ist es, dass den Unternehmen nur so viel an Lohnerhöhung zuzumuten ist, wie diese mit ihrer Gewinnrechnung für vereinbar halten. Auf dieser Basis gilt es, den Arbeitnehmern einen „fairen Anteil“ am Betriebsergebnis zu verschaffen und eine Lohnform zu entwickeln, die die „Spielräume“ für Einkommensverbesserungen erweitert: Wirtschaftlich vernünftig ist eine Lohnerhöhung in Form des Investivlohns, weil sie den Lohn überhaupt nicht erhöht, sondern das Geld den Betrieben wie „Eigenkapital“ zur Verfügung steht; und wenn die Auszahlung doch einmal fällig wird – so etwa in „20 oder 30 Jahren“ –, dann dient sie „der Absicherung des Lebensstandards im Alter“, die die Arbeitnehmer we-

Er soll die entsprechende „produktive“ Knechtsgesinnung garantieren, welche sie an ihren Bürgern so schätzt und um die schon der Alte Fritz wusste. Die Gläubigen sollen also ihr Christen- wie Judentum und im aktuellen Fall ihren Islam durchaus ernst nehmen. Aber eben nicht so, dass sie die jeweiligen religiösen Maximen als Maßstab, der praktische Gültigkeit beansprucht, an die Politik ihres Staates bzw. die einschlägigen Regelungen des gesellschaftlichen Treibens anlegen, sondern dass sie diesen gegenüber genau die Unterwürfigkeit an den Tag legen, welche ihre Religion im Verhältnis zur himmlischen Autorität gebietet. So bringt dann auch ein Allah Deutschland voran.

Nachdruck aus  
GEGENSTANDPUNKT 4-06

gen der Reformwut der Regierung („Rente mit 67“) dann auch bitter nötig haben. Der Investivlohn ist eine arbeitnehmerfreundliche Ertragsform, gerade weil diese Lohnform rücksichtslos gegen jedes Interesse der Arbeitnehmer am Lohn ist und sich ausschließlich an der Gewinnrechnung der Arbeitgeber orientiert. Gerechtigkeit für die Belange der Arbeitnehmer und Rücksichtslosigkeit gegen ihre Interessen werden so zu Synonymen.

Der Investivlohn nimmt das Argument, mit dem Arbeitnehmer eine Berücksichtigung ihrer Interessen einklagen, beim Wort: Er beteiligt die Lohnabhängigen in „wettbewerbsverträglicher Weise“ an dem Erfolg, den das Kapital mit ihrer verbilligten Arbeit erzielt. So wird aus dem Arbeiter ein Aktionär, der wie ein Finanzkapitalist auf den guten Gang der Geschäfte spekuliert – allerdings nicht mit einem überschüssigen Geldvermögen, sondern mit einem Lohn, der zum Leben immer weniger reicht.

## 5.

In diesem Geist bereitet sich die Öffentlichkeit auf die nächste Tarifrunde vor. Eine gut unterrichtete Wirtschaftsredaktion weiß, was hier auf keinen Fall eintreten darf:

„Nichts wäre schlimmer als Lohnerhöhungen auf breiter Front. Selbst eine vor Glück taumelnde Branche wie der Stahl wird dem nächsten Abschwung nicht entkommen und darf sich deshalb keine unwiderruflichen zusätzlichen Belastungen ans Bein binden. Nichts spricht andererseits dagegen (und alles dafür), Arbeitnehmer über weiterhin maßvolle Tarifanpassungen hinaus in Form von Einmalzahlungen und Gewinnbeteiligungen an der guten Ertragslage teilhaben zu lassen. Nur diese Methode bietet beim nächsten Abschwung einen gewissen Puffer, bevor Stellenabbau und Entlassungen nötig werden.“ (SZ, 22.12.)

Dass eine ganze Klasse vom Lohn ihren Lebensunterhalt bestreiten muss, und sich die Lebensnotwendigkeiten nicht nach den aktuellen Geschäftsergebnissen der jeweiligen Branche oder des jeweiligen Betriebes richten: Das kommt hier nur noch als die Sorge vor, die Unternehmer könnten womöglich dazu genötigt werden, sich „Belastungen ans Bein zu binden“, die nicht an die betrieblichen Erfordernisse angepasst und jederzeit widerruflich sind. Dagegen hilft eine Berücksichtigung der Arbeitnehmer in Form von Prämien und Gewinnbeteiligungen, die – wenn es schon um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer geht, dann auch bitte konsequent – den Arbeitnehmer nicht nur am Erfolg, sondern auch am Risiko seines Betriebes beteiligen. Das macht noch viel radikaler als alle traditionellen Formen des Leistungslohns den Grund des Unternehmens für die Bezahlung von Lohn – die Mobilisierung von gewinnbringender Arbeit – zum Maßstab der Bezahlung, macht also den Anspruch des Kapitals an die Belegschaft, nichts als eine variable Manövriermasse der Plusmacherei zu sein, endgültig und schon durch die Form der Bezahlung wahr. Innovative Unternehmen, die in ihren Betrieben bereits seit längerem nennenswerte Teile der betrieblichen Lohnkosten in dieser Form bezahlen, berichten erfreut, dass Prämien und Gewinnbeteiligungen die Moral und Motivation der Belegschaft erhöhen. Damit ist endgültig bewiesen, dass der Gegensatz des Kapitals zu seinen Bediensteten dadurch überwunden ist, dass diese ihm in der denkbar radikalsten Weise untergeordnet sind.

Gewiss: Diese zukunftsweisende Form der Lohnzahlung ist zunächst nur für den Teil des Lohns vorgesehen, den die lieben Mitarbeiter nach Jahren des Lohnverzichts demnächst zusätzlich erhalten sollen. Aber alle schönen Dinge haben einmal klein angefangen.

SKANDAL UM DIE MORALISCHE...  
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

politischer Streit und noch nicht mal eine triviale Talkshow aus dem Rahmen fallen. Solche Sprach- und Denkregelungen wollen erfunden und in Umlauf gebracht sein. Das schaffen nur Leute, die nicht bloß das Moralisieren beherrschen – das kann jeder –, sondern damit öffentlich Eindruck machen und dem Moralismus des Gemeinwesens anerkannten Ausdruck verleihen. Dafür gibt es das vielgestaltige Angebot *moralischer Autoritäten*. Die beglaubigen mit dem Gewicht ihrer gesellschaftlich-politischen Stellung, dem Rang ihres persönlichen Ansehens und mit dem Charme ihrer Persönlichkeit, die sich alle drei aus ihrer schieren Macht und ihrem herausragenden Erfolg in irgendeiner Sparte des öffentlichen Lebens ableiten, die Gültigkeit der Sprachregelungen. So verankern sich die ideologischen Klischees fest im Assoziationsbestand des mündigen Bürgers und sorgen für ein allzeit konstruktives, auf der Höhe ‚der Zeit‘ angesiedeltes, sprich den definierten Problemlagen und Handlungsbedürfnissen der Politik gemäßes Denken und Argumentieren. Umgekehrt dient der Kanon der in Kraft befindlichen Sprachregelungen der Selbstvergewisserung von Leuten, die sich als mündige Mitglieder einer nationalen Gemeinschaft verstehen. Denen verschafft er die Sicherheit, mit ihrer jeweiligen Fassung eines moralischen Weltbildes richtig, d.h. im Spektrum des politisch ‚vernünftigen‘ Denkens zu liegen. Wer sich auf alles einen moralischen, d.h. auf allgemeingültige Werte bezogenen Reim macht, möchte damit auch durch eine allgemeine, d.h. öffentlich anerkannte Billigung dieses Urteils bestätigt werden. Der demokratische Untertan will sich in einer moralischen Autorität wiedererkennen und sich von Zeit zu Zeit sagen können: ‚Endlich sagt es mal einer!‘

### Der Phänotyp einer moralischen Autorität

Was zeichnet eine Galionsfigur der demokratischen Meinungs- bzw. Moralwirtschaft aus? Das weiß erst einmal jeder. Das sind Leute, die eine legitime Regierungsbevollmächtigte die ausgefallene Anrede: „*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, treten Sie bitte zurück*“ richten können, und die Post landet nicht in der Ablage mit dem Etikett ‚Verrückte‘, sondern im Feuilleton. Am Inhalt des Schreibens kann das schon mal nicht liegen. Als moralische Autorität kommt nur in Frage, wer unabhängig davon, was er zu sagen hat, etwas zu sagen hat, weil er gesellschaftlichen Erfolg hat und entsprechende (Macht-)Positionen innehat. Diesen prominenten und potenten Leuten ist der Respekt ‚normaler Menschen‘ sicher, weil die Interpretation von Macht als Verantwortung, von Herrschaft als Fürsorgepflicht, von Führungspositionen als Last, die ihren Trägern *moralische Kompetenz* abverlangt, längst zur selbstverständlichen geistigen Grundausstattung eines funktionierenden Volkes gehört. Der Machthaber als Vorbild. Das ist dann die Messlatte für den ganzen Artenreichtum moralischer Autoritäten. Politiker sollen vertrauenswürdige, am Allgemeinwohl und seinem Sittenkodex orientierte Führer sein. Unternehmer und ihre Geschäftsführer haben einer sozialverantwortlichen Aufgabe als Arbeitgeber gerecht zu werden. Von Prominenten wird ganz allgemein der Beweis erwartet, dass die Elite aus einwandfrei guten Gründen eine ist. All diese Figuren stehen dafür ein, dass das bürgerliche Leben eine einzige Ansammlung von Normen und Werten, von Sitte und Anstand darstellt. Sie gelten als Kronzeugen dafür, dass die hierarchische Ordnung des Ladens letztlich in Ordnung geht.

Um in diesem Sinne wahrgenommen zu werden und solche Botschaften erfolgreich ‚rüberzubringen‘, müssen moralische Autoritäten zweierlei bewerkstelligen: Sie müssen einer *angesagten Moral*, einer, die ‚in die Zeit passt‘, d.h. einen politischen Bedarf deckt, und die der freie Meinungsbildner gerne bestätigt haben möchte, das Wort reden. Und sie müssen als *Person* diesem Schwindel *Ehre* machen, so dass man ihnen den *gerne* abnimmt. Keine ganz leichte Aufgabe: Ein Leben lang müssen die Charaktermasken der Moral sich öffentlich so in Szene setzen, dass beim Publikum ein stimmiges, also *glaubwürdiges* Bild von ihnen als von hohen Werten und Einsichten inspirierten Persönlichkeiten entsteht. Wer das schafft, wird für die Beglaubigung eines der

konkurrierenden moralischen Selbstbilder der Gesellschaft in Anspruch genommen, wobei es keine Rolle mehr spielt, wenn er auf dem Metier, auf dem die jeweiligen höheren Gesichtspunkte angesiedelt sind, gar nicht zu Hause ist. Umgekehrt mischen sich solche Leute von sich aus furchtbar gerne in diesem Sinne ein. Politisch z.B. mit Sympathieerklärungen für einen zur Wahl stehenden Politiker – so etwa Grass für Willy Brandt und die Es-Pe-De –, dem sie mit ihrer Glaubwürdigkeit als anerkannte Moralisten politische Glaubwürdigkeit als geeignete Führungsperson bestätigen und verschaffen.

### Der Schögeist als moralischer Leuchtturm

„*Warum macht die Öffentlichkeit ausgerechnet Schriftsteller so gern zu moralischen Autoritäten?*“ (SZ, 19.8.) fragt sich eine Kulturredaktion etwas verduzt, nachdem Grass in Verruf geraten ist. Dabei hat sie den Dichter nicht von ungefähr jahrzehntlang als solche präsentiert. Für den Nimbus hoher moralischer Kompetenz sind epische Dichtung produzierende Schögeister besonders qualifiziert, weil sie ohnehin von Berufs wegen den Weltenlauf als Realisierung oder Verfehlung von hohen Werten hererzählen. Die Frage, inwieweit die Moral der Dichtung den moralischen Nerv des Publikums trifft, entscheidet dann über die Karriere des Dichters zur Witzfigur des ‚armen Poeten‘ oder zur moralischen Autorität eines ‚Großschriftstellers‘. Mit seinem antifaschistischen „*Schreiben gegen das Vergessen*“ ist Grass da immer richtig gelegen. Und er verstand es auch zeitlebens, seinen veröffentlichten Lebenswandel – aus dem er die SS-Episode wohlweislich heraushielt – in Übereinstimmung zu seinen moralischen Maßstäben zu halten. Das verschaffte dem Mann *Glaubwürdigkeit* und ließ ihn zum großen Charakter werden: Der „*Cheerleader der Guten*“ (Stern, 17.8.) besitzt „*die moralische Lufthoheit des ‚besseren Deutschland‘*“ (Welt, 14.8.) und vertritt bei Gelegenheit sogar den Bundesadler als „*Wappentier der Republik*“ (Spiegel, 21.8.). Aber: Je größer die Ehre, desto höher die Fallhöhe eines kompromittierten Ehrenmannes. Grass’ Doppelbekenntnis, in der Waffen-SS gedient zu haben und dies dem Publikum ein ganzes Leben lang verschwiegen zu haben, wirkt wie eine Art „*moralischer Selbstmord*“. Ärger und Missgunst machen sich breit, wenn sich herausstellt, dass der moralische Leuchtturm, an dem sich weite Bevölkerungskreise so gern orientiert und bestätigt haben, womöglich auf Sand gebaut ist.

„*Im Gutsein wollte Grass immer der Beste sein: bester Kriegserinnerer von allen. Nun führt er nur noch die Liste mit den breitesten Gräben zwischen Anspruch und Wirklichkeit an.*“ *Das legt nahe, „an der Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und moralischen Legitimität von Redehäuptlingen wie Grass zu zweifeln, die jahrzehntlang anderen das Fehlen gerade dieser Qualitäten vorgeworfen haben.*“ (Spiegel, 21.8.)

Dieser Widerspruch bringt die Konkurrenz der moralischen Autoritäten auf Trab. Im Dutzend werden ihre Moral-Gutachten Grass betreffend durch alle Kanäle der Öffentlichkeit gejagt. Konservative Patrioten, die den lästigen Besserwisser noch nie leiden konnten, sehen mit seinem angegriffenen Status als moralische Autorität zugleich seine Moral diskreditiert und die ihre aufgewertet. Also bauschen sie den Skandal nach Kräften auf. Die Kanzlerin voller Häme: „*Grass braucht sich über die öffentlichen Reaktionen nicht zu wundern.*“ Kulturstaatsminister Bernd Neumann macht die Demontage der moralischen Instanz offiziell: „*Als moralische Instanz, als die er sich selbst immer sah, hat er Schaden genommen.*“ Hitler-Historiker Joachim Fest, sonst auf distinguiertes Auftreten bedacht, diffamiert für Bild: „*Ich würde von diesem Mann nicht einmal mehr einen Gebrauchtwagen kaufen.*“ (Bild, 24.8.) Und die Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, vollstreckt das vernichtende Urteil rückwirkend an Grass’ moralischem Wirken: „*Sein Schweigen über die eigene SS-Vergangenheit führt seine früheren Reden ad absurdum.*“ Ist der gute Leumund erst einmal perdu, braucht man auf Gehässigkeiten betreffs der literarischen Potenz des Verstoßenen nicht lange zu warten: Sein jüngstes Werk – „*ein gestelzter Schelmenroman*“ (Spiegel, 21.8.), der „*mit großem metaphorischen Tamtam*“ (SZ, 19.8.) den „*Dunst der Zwiebelstuppe*“ (FAZ, 21.8.) verströmt.

Die SG veranstaltet einmal im Monat mittwochs einen Diskussions-termin. Näheres unter [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)

Das neue Elterngeld:

## Der Staat kauft sich Kinder

Die Verwalter der Macht hierzulande sind besorgt, dass das von ihnen regierte Volk in den nächsten 50 Jahren kleiner werden könnte – zu klein offenbar für das, was sie mit ihm vorhaben. Die Familienministerin ist deshalb aktiv geworden. Mit familienpolitischen Maßnahmen soll der bevölkerungspolitische GAU („Die Deutschen sterben aus!“) verhindert werden.

1. Dass es darum geht, mehr Nachwuchs für den Staat zu produzieren, wird so heute natürlich nicht gesagt. Da ist die Demographie vor, die mathematisch exakt gewisse „demographische Verwerfungen“ am deutschen Volkskörper entdeckt, die das Kinderkriegen zu einer Überlebensfrage des Volkes machen: Immer mehr älteren und immer älter werdenden Volksgenossen stehen dereinst entschieden zu wenig junge Nachrücker gegenüber, weswegen sich schon die einfache Frage stellt: Wer pflegt dann die Alten? Dumm nur, dass dieser „Pflegernotstand“ schon jetzt, weit vor der „demographischen Katastrophe“, herrscht. Vielleicht handelt es sich dabei gar nicht um ein Problem der richtigen Proportion zwischen den Generationen?

Dasselbe gilt für die sich abzeichnende „demographisch bedingte“ Rentenkatastrophe, weil auf immer weniger arbeitende und in die Sozialkassen einzahlende Junge immer mehr Rentner kommen. Statt einfach nur die Zahl der Rentner und die der arbeitenden Jungen hochzurechnen, könnte man sich ja auch einmal fragen: Warum sind Rentner am Ende ihres Arbeitslebens eigentlich auf „Transferzahlungen“ der Jungen angewiesen? Warum hängen diese allein an den jungen Arbeitenden und warum können diese sie nicht aufbringen? Und überhaupt: es gibt ja jetzt schon mehr Junge als arbeitende Junge, weil das Kapital für einen Teil von ihnen keine Verwendung hat. Was soll da eine neue größere Generation Junger – arbeitslos wie jetzt schon viele.

2. Wenn es denn tatsächlich so wäre, dass aus biologischen Gründen, wegen eines Mangels an Nachwuchs, hierzulande in absehbarer Zeit manches Notwendige liegen bleiben und zusammenbrechen würde – dieses Problem wäre leicht zu regeln und ganz ohne Familienpolitik. Nachwuchs gibt’s auf der Welt genug – „zu viel“ sagen die, die gleichzeitig vor dem „Aussterben der Deutschen“ warnen. Außerhalb Deutschlands gibt es jede Menge tatendurstige Menschen, die sich allzu gerne in den demographischen deutschen Volkskörper eingliedern und damit genau die Funktionen erfüllen würden, deren baldiger Ausfall dauernd beschworen wird. Aber das wird mit allen Mitteln verhindert. Was es braucht, sind offenbar nicht einfach mehr Leute, sondern mehr *deutsches* Volk ...

3. Um dessen Vermehrung anzuschieben, hat sich Frau von der Leyen eine bemerkenswerte familienpolitische Neuerung einfallen lassen: Das bisherige „Erziehungsgeld, konzipiert als kindbezogene Sozialleistung“, wird durch das „Elterngeld, eine elternbezogene Lohnersatzleistung“ ersetzt. Dass dies für Arbeitslose und Geringverdiener eine wesentliche Verschlechterung mit sich bringt, für Gutverdienende eine finanzielle Verbesserung bedeutet, ist allen klar und so gewollt, weil das bisherige „Erziehungsgeld“ „bildungsfernen Schichten die Entscheidung zum Kind zu sehr erleichtert, aber für berufstätige Frauen kein Anreiz sei, sich für ein Kind zu entscheiden.“

Man kennt diese „bildungsfernen Schichten“ aus der kürzlich gelaufenen Debatte über die „Unterschicht“: Leute, die kein Interesse an Bildung haben und lieber perspektivlos in der „Unterschicht“ herumhängen. Auf sie will Frau von der Leyen nicht setzen. Das ist kein Schoß für *guten* deutschen Nachwuchs. Anders die „gut ausgebildeten jungen Frauen und Männer“, denn die haben sich ja schon bewährt, was sich dann sicher auch beim Nachwuchs niederschlägt.

Gelegenheit hierüber zu diskutieren gibt es am

**Mittwoch, 24. Januar 2007, 20.00 Uhr**  
**Turnstr. 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen**

Auch die Plädoyers der Grass-Sympathisanten kommen ohne den leisesten Anflug eines sachlichen Arguments aus. Auch diese prominenten Vordenker verlassen sich in einer stupenden Gedankenleere darauf, dass ihre Beiträge zur Meinungsbildung schlicht deswegen etwas zählen, weil sie ihre Urheber sind. Sie werfen einfach *ihre* Glaubwürdigkeit für Grass’ Glaubwürdigkeit und die Integrität seines Standpunkts auf die Waagschale. Vizekanzler Müntefering: „*Das kann den Wert seines Gesamtwerks nicht schmälern.*“ Schriftstellerkollege John Irving verniedlicht den ganzen Eklat zu einem ‚shit storm‘: „*Für mich bleibt Grass ein Held. Er ist literarisch ein Vorbild und moralisch ein Kompass.*“ Auch der jüdische Schriftsteller Ralph Giordano sieht keinen Anlass für seinen Kollegen, sich auch noch wegen seiner eigenen Vergangenheit zu schämen: „*Für mich verliert er durch diese Öffnung nicht an moralischer Glaubwürdigkeit.*“ Selbst Volkes Stimme wird per Infratest zu so etwas wie einer moralischen Autorität zusammengefasst: Immerhin – oder nach Geschmack: nur noch – 65 % „glauben“, dass Grass „*eine Persönlichkeit ist, deren Wort in politischen und moralischen Fragen weiterhin Gewicht hat*“ (Spiegel, 21.8.).

Böse Worte, heiße Fehden. Aber sei’s drum. Ob Grass als ‚moralischer Kompass‘ oder bloß als literarisches Denkmal überlebt, ist nicht einmal für die moralische Lage der Nation wirklich wichtig. Das Angebot an solchen Figuren ist reichlich. Wichtig ist jedoch, dass mündige Bürger und aufgeklärte Demokraten geistige Orientierung an solchen Figuren suchen und deswegen an so einem Streit Interesse zeigen. Die idiotische Frage, ob ein prominenter Schriftsteller aufgrund seines ehren- oder zweifelhaften Charakters und Verhaltens weiterhin die Lizenz zur Beglaubigung moralischer Weltbilder hat oder nicht, treibt allen Ernstes die Leute um. Die rege Anteilnahme

der nationalen Autoritäten und ihres Publikums an diesem Sujet zeigt, wie sehr das idealistische Denken bei aufgeklärten Demokraten durchgesetzt ist und wie sehr es in einer demokratischen Öffentlichkeit auf diese Sorte Meinungsbildung ankommt. Schließlich werden in einer Demokratie über *Glaubwürdigkeitsfragen* nicht nur Schriftsteller zu Säulenheiligen der Moral gekürt oder vom Sockel gestoßen. Es werden darüber auch *Sachthemen* abgehandelt. So ist die Demontage von Grass’ moralischer Autorität auch ein – abschließender – Beitrag zur Entsorgung der durch den Wiederaufstieg Deutschlands zu einem respektierten Pol der Weltpolitik obsolet gewordenen Attitüde des Schämens und der Selbstanklage. Der immer schon mit viel Berechnung und Heuchelei verbundene Bedarf an einem frei herumlaufenden ‚schlechten Gewissen der Nation‘ hat sich längst erübrigt. Von wahrlich entscheidender Bedeutung sind Glaubwürdigkeitsgesichtspunkte jedoch für die Regelung politischer *Personalfragen*. Mündige Demokraten wählen einen Politiker an die Schalthebel der Macht, wenn dieser glauben machen kann, dass er sie energisch und sachgerecht – was immer das sachlich bedeutet – handhaben wird. Wichtig ist das, weil die Zustimmung zur Ausübung der Macht *ohne* Reflex auf ihr inhaltliches Programm funktioniert. Das ständige Rasonieren über hohe Werte und die Glaubwürdigkeit ihrer öffentlichen Vertreter ist die Art und Weise, wie die Freiheit des Urteilens zielsicher zu einer Affirmation von Herrschaft führt.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 4-06

**Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden unter:**  
[www.gegenstandpunkt.de/radio/gsr2006.htm](http://www.gegenstandpunkt.de/radio/gsr2006.htm)